

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

12.6.1919 (No. 135)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postcheckkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Haupt-
redakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
C. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, welche
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.42 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5.42 ₰ — Einzelnummer 10 ₰ — Anzeigengebühr: die 7 mal gesaltene Zeile oder deren Raum 30 ₰ zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Gefährdung der badischen Frühobstversorgung.

** In den Kreisen der Obsthändler und Obstzeuger wird gegenwärtig die nachstehende Flugschrift verbreitet:

„Der Handel mit Frühobst ist frei.“

Bekanntlich hat die badische Regierung in diesem Jahre nur das Beerenobst, Pfirsiche, Aprikosen und Mirabellen freigegeben, dagegen die Kirichen und das sonstige Steinobst, die Frühäpfel und Frühbirnen erneut unter die Zwangswirtschaft gestellt. Auf eine diesbezügliche Rückfrage beim Reichsernährungsminister ist heute folgende Antwort eingetroffen, die wegen ihres allgemeinen Interesses weiteste Verbreitung verdient.

Berlin W 8, 3. Juni 1919.

An Herrn G. Obermaier

Zitronenanlage für Gemüse und Obst

Freiburg i. Br.

Der Handel mit Frühobst ist freigegeben. Falls in Baden der Frühobsthandel durch Verordnung eingeschränkt sein sollte, würde dies den von mir gegebenen Anordnungen zuwiderlaufen. Falls auf Grund örtlicher Verhältnisse zur Behebung eines Notstandes eine Regelung des Frühobsthandels erforderlich sein sollte, wird dies nach einheitlichen Gesichtspunkten durch die Reichsstelle für Obst und Gemüse auf Grund der ihr zustehenden Befugnisse durchgeführt werden. Ich habe die Reichsstelle für Obst und Gemüse von Ihrer Eingabe verständigt und sie ersucht, in eigener Zuständigkeit die etwa erforderlichen Schritte einzuleiten.

In Vertretung:

Unterschrift unleserlich.

Es sind also sämtliche Maßnahmen der bad. Regierung ungültig. Jedermann kann bei Jedermann jede Menge jeden Frühobstes kaufen und mit jedem Transportmittel an jeden Punkt des deutschen Reiches bringen. Nur die Reichsstelle kann Beschränkungen einführen, die badische Regierung oder deren Organe nicht.

Jedermann, der von einer Behinderung des freien Handels durch Gendarmen, sog. amtl. Aufkäufer, Bahn- oder Poststellen usw. hört, melde den Fall sofort an obige Firma, die denselben unbürokratisch an den Reichsernährungsminister weiterleitet.

Um weiteste Verbreitung durch Abdruck in allen Blättern Badens wird gebeten, damit die Bürger sehen, wie es die von ihnen gewählte Regierung treibt, die ihre Treue zum Reiche bei jeder Gelegenheit eifrig betont.

Hierzu ist zu bemerken: Die badische Regierung hat bekanntlich im Einverständnis mit dem Ernährungsbeirat des badischen Landtags beschlossen, daß für das gesamte Beerenobst, wie Erdbeeren, Garten- und wildwachsende Beeren innerhalb Badens keinerlei Ankaufs-, Absatz- und Verkehrsbeschränkungen bestehen, dagegen das übrige Frühobst, insbesondere Kirichen, Pfäumen, Meiselauben, Mirabellen, Frühzwetschgen, Frühbirnen und Frühäpfel nur an die Geschäftsstelle der badischen Obstversorgung abgegeben werden darf. Die Ausführung von bewirtschaftetem Frühobst darf nur durch die Geschäftsstelle der badischen Obstversorgung entsprechend der Weisung der Verwaltungsabteilung erfolgen.

Dieser Beschluß wurde gefaßt mit Rücksicht auf die Gefahr, daß bei der gänzlichen Freigabe des Verkaufes des Frühobstes durch die Erzeuger und die Händler fast das gesamte bei uns erzeugte Obst aus dem Lande geführt werden würde. Der badischen Bevölkerung entginge dadurch fast völlig das im eigenen Lande gebaute Obst; dieses käme in der Hauptsache in die Hände besonders zahlungsfähiger Kreise und Schichten, die außerhalb Badens ihren Wohnsitz haben. Die Herbeiführung solcher Zustände glaubt die Regierung nicht verantworten zu können; man wird ihr mit Recht den Vorwurf machen, sie vernachlässige die Aufgaben, welche ihr aus der heutigen schwierigen Ernährungslage der badischen Bevölkerung erwarten. Die politischen Konsequenzen eines solchen Verhaltens brauchen nur angedeutet zu werden.

Wenn in der Flugschrift nun verwiesen ist auf die Aufferhebung des Reichsernährungsministeriums, so sei hierzu erklärt, daß die badische Regierung die schon erwähnten Beschlüsse dem Reichsernährungsministerium und der Reichsstelle für Gemüse und Obst am 4. Mai d. J. in ihrer vollen Tragweite übermittelt hat. Eine Antwort oder ein Widerspruch gegen die badischen Anordnungen, die sich auf die Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 über die Einrichtung von Preisprüfungsstellen und die Preisregelung in der Fassung vom 4. November 1915 stützen, ist nicht erfolgt; sie bestehen zu Recht und es ist in keiner Weise zulässig, aus dem Munde des Herrn G. Obermaier die Schlussfolgerung zu ziehen, daß nunmehr die Maßnahmen der badischen Regie-

rung auf dem Gebiete der Obstversorgung ungültig seien. Ebenfalls ist es zulässig, daß künftig jedermann Obst ankaufen und außerhalb des Landes Baden verbringen lassen kann. Die badische Regierung wird gegen solche Versuche mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln vorgehen.

Baubeginn und Genehmigung des Baukostenzuschusses.

** Es wurde wahrgenommen, daß manche Bauherren mit dem Bau beginnen, noch ehe sie ein Gesuch um Gewährung von Baukostenzuschüssen eingereicht haben, oder ehe auf ihr Gesuch eine Entscheidung ergangen ist. Wenn auch in solchen Fällen in der Regel wohl dringende Gründe für alsbaldige Aufnahme der Bauarbeiten vorliegen dürften, und es an sich auch durchaus erwünscht erscheint, daß so rasch wie möglich mit dem Bau begonnen wird, so muß doch auf die große Gefahr aufmerksam gemacht werden, die dem Bauherren daraus erwachsen kann, daß ihm schließlich der beantragte Baukostenzuschuß versagt wird. Es wird sich deshalb empfehlen, wenn dringende Gründe ein Abwarten der Entscheidung über die Gewährung der Baukostenzuschüsse nicht zulassen, auch mit einem baupolitisch genehmigten Bau nur dann zu beginnen, wenn kein Zweifel besteht, daß die Voraussetzungen für die Gewährung von Baukostenzuschüssen gegeben sind, insbesondere auch die Baupläne nach Grundriß und Aufbau Befriedigendes versprechen, und schließlich auch, daß die erforderlichen Mittel für die Zuschüsse verfügbar sind. Vor der Annahme, das Ministerium werde angefangenen Bauten gegenüber eine mildere Beurteilung eintreten lassen und sich im Hinblick auf die dem Bauherren aus der Ablehnung erwachsenden Nachteile eher zur Gewährung von Baukostenzuschüssen bereit finden, muß auf das Eindringlichste gewarnt werden.

Daß für einen Bezirk noch keine oder weniger Baukostenzuschüsse bewilligt sind, als durch früheren Runderlaß (vom 12. Mai 1919) festgesetzt ist, gibt keinen Anspruch auf Genehmigung etwaiger weiterer Gesuche; denn für größere und mittlere Städte sowie für Industriegebiete, wo die Wohnungsnot besonders dringend ist, müssen erheblich größere Zuschüsse genehmigt werden, als der Einwohnerzahl entsprechen würde, weshalb bei den im Verhältnis zum Bedürfnis recht beschränkten Mitteln für andere Bezirke keine oder geringere Zuschüsse genehmigt werden können.

Die Besetzung der Richterstellen.

** Der badische Richterverein ist auf seinen schon früher geäußerten Wunsch, daß die erledigten Stellen vor ihrer Wiederbesetzung ausgeschrieben werden sollen, zurückgekommen. Die Justizverwaltung hat die Angelegenheit wiederholt geprüft, vermag jedoch ein Bedürfnis zur Ausschreibung der Stellen nicht anzuerkennen.

Die Stellenerledigung durch Ableben oder Versetzung in den Ruhestand wird durch Veröffentlichung des Todesfalls oder der Versetzung im Staatsanzeiger bekannt, womit sich die Ausschreibung einer derart erledigten Stelle erübrigt. In geeigneten Fällen, besonders dann, wenn es sich um höhere Richterstellen oder um Stellen an beehrteren Orten handelt, wird die Justizverwaltung hinsichtlich der infolge einer Stellenerledigung und Besetzung nötig werdenden Veränderungen und der Besetzung anderer Stellen schrittweise verfahren und zwar so, daß jeweils nur immer eine Stelle besetzt und nach Bekanntgabe der Besetzung im Staatsanzeiger kurze Zeit zugewartet wird, so daß Bewerbungen eingehen können.

Auf diese Weise kann den Interessen und Wünschen der Richter, ohne die Wiederbesetzung der freiwerdenden Stellen allzusehr zu verzögern, genügend Rechnung getragen werden, um so mehr, als bereits durch die Vormerklisten die Möglichkeit gegeben ist, sich um Stellen im Voraus zu bewerben.

Ueber den schriftlichen Dienstverkehr

hat das Justizministerium einen Erlaß herausgegeben, nach welchem die Amtssprache es unbeschadet ihrer Kürze gegenüber Behörden, Beamten und Privatpersonen an Richtigkeit und Höflichkeit nicht fehlen lassen und jede Schroffheit vermeiden soll. Vereinfachte oder leere Höflichkeitsformen kommen in Wegfall. Bei Verträgen und Schreiben soll jede Eingangsförmel weggelassen und sofort mit der Angabe des Tatfächlichen begonnen werden. Auch in persönlichen Dienstschreiben soll jedes entbehrliche Beiwerk, insbesondere Ergebenheits- und Hochachtungserklärungen weggelassen werden.

Vom Tage.

(Aus dem Biererrat. Noske auf dem sozialdemokratischen Parteitag.)

Wenn wir den übereinstimmenden Meldungen der französischen, englischen und amerikanischen Blätter glauben schenken dürfen, so hat sich innerhalb des Biererrates ein gewisser Wandel in der persönlichen Stellungnahme Wilsons und Lloyd Georges vollzogen. Während wir früher Grund zu der Annahme hatten, daß Wilson sich für eine Revision des Vertrages bemühen würde, hätten wir jetzt, wenn jene Meldungen richtig sind, festzustellen, daß Wilson sich mehr auf die Rolle des neutralen Vermittlers beschränkt. Das gegen soll sich Lloyd George, wie aufs bestimmteste versichert wird, mit allem Nachdruck für eine verhältnismäßig weitgehende Revision des Friedensvertrages einsetzen. Orlando, der italienische Ministerpräsident, steht zweifellos auf dem gleichen Boden wie Lloyd George. Nicht völlig klar ist die Haltung Clemenceaus. Es muß auffallen, daß die gesamte Kriegsheerpresse Frankreichs und neuerdings auch ein erheblicher Teil der nationalistisch gesinnten Abgeordneten Clemenceau die Gefolgschaft verweigern. Eine derartig oppositionelle Haltung ist doch nur damit zu erklären, daß die Chauvinisten ein Einlenken Clemenceaus befürchten. Andererseits finden wir in den neuesten Blättermeldungen wieder die Behauptung, daß Clemenceau nach wie vor gegen jede Revision des Friedensvertrages sei und mit Lloyd George schwere Differenzen habe. Etwas wirklich Positives läßt sich natürlich heute nicht sagen. Auch in Weimar ist man über das Ergebnis der Besprechungen im Biererrat im Ungewissen. Erst die Antwort des Biererrates wird uns die gewünschte Klarheit verschaffen. Würde Clemenceau in der Tat auf einem einseitig chauvinistischen Standpunkte beharren, ohne daß Wilson sich bewegen könnte, mächtigend auf ihn einzuwirken, so hätten wir uns allerdings darauf gefaßt zu machen, daß unsere Gegenanschläge in der Antwort des Gegners eine Berücksichtigung finden, die uns nicht genügen kann.

Der sozialdemokratische Parteitag in Weimar hat gestern zu einem gewissen Höhepunkt geführt; und zwar war es die Rede des Reichswehrministers Noske, die dem gestrigen Verhandlungstag ihren weithin sichtbaren Stempel aufdrückte. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei hat seit den Tagen der Revolution ganz außerordentlich an Mitgliedern zugenommen. Das war für die Partei natürlich von großem Werte. Aber die Sache hatte auch ihre Rehrseite insofern, als sich unter den neuen Mitgliedern sehr viele befanden, die mit dem sozialdemokratischen Programm innerlich noch nicht völlig verwachsen waren. Die Zeit, um alle Mitglieder organisatorisch fest zusammenzuschließen, hat bis jetzt gefehlt. Zudem wurde die Mehrheitssozialdemokratie, nachdem sie Regierungspartei geworden war, sofort vor eine derartige Fülle von schwierigsten Regierungsproblemen gestellt, daß sie jenen mehr organisatorischen und parteitaktischen Fragen nicht ihre volle Aufmerksamkeit schenken konnte. Die Art und Weise aber, wie sich die Führer der Partei innerhalb der Regierung betätigten, hat dann wieder die Opposition der Unabhängigen wachgerufen; und diese Opposition hat schließlich den Grad äußerster Siedehitze erreicht. Die alten Parteimitglieder sind in ihren breiten Schichten von der Wucht der Ereignisse, vor allem aber von der Tatsache, daß ihre eigene Partei nunmehr Regierungspartei geworden war, ziemlich unvorbereitet betroffen worden. Und so konnte es nicht ausbleiben, daß auch innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie selbst an der Regierungspolitik Kritik geübt wurde. Ein Parteitag war somit zur Notwendigkeit geworden.

Sinzu kam die alte, beklagenswerte politische Unerschaffenheit und Unreife unseres Volkes, eine Unerschaffenheit, die es nicht begreifen wollte, daß es für eine Partei eben ein ganz anderes Ding ist, ob sie in Opposition zur Regierung steht, oder ob sie selber am Steuer ruder sieht. Ein Volk, das durch die Jahrhunderte hindurch auf der Basis völlig undemokratischer Regierungsprinzipien zu politischer Gleichgültigkeit und Unreife erzogen worden ist, kann sich naturgemäß politisches Denken, politische Begabung nicht so rasch zu eigen machen, wie ein anderes Volk, das von vornherein aktiven, bestimmenden Anteil am der Regierung genommen hat.

Es sind die Sünden des alten Systems, die sich heute rächen. Dieses alte System hat dazu geführt, daß unser Volk schließlich in drei Kategorien zerfiel, von denen jede einzelne im Interesse einer gesunden fortschrittlichen Entwicklung des Staates unerwünscht ist. Zu der einen Kategorie gehörten alle jene Kreise, die mit dem eigentlichen Regierungssystem des Obrigkeitsstaates selber eng verknüpft waren, damit diesem System die Macht ausübten und von diesem System ihren persönlichen Nutzen hatten. Es sind dieselben Kreise, die durch die Revolution in den Hintergrund gedrängt worden sind, seit jenen Tagen aber nur auf die Gelegenheit warten, um eine gründliche Reaktion herbeizuführen.

Zur zweiten Kategorie zählen alle die Schichten unseres Volkes, die in ihrer Gutmütigkeit und Schlafmützigkeit zum autoritätsübeligen Spießbürgertum gewissermaßen prädestiniert sind, die noch in ihrer Gesamtheit die breite Masse der Regierten, der „Untertanen“, abgegeben haben. Gewiß haben die Ergebnisse des Krieges, die bitteren Erfahrungen, die wir alle mit dem alten System zu machen hatten, einen erheblichen Teil dieser Kreise ausgerüttelt und für den Neuaufbau des Staates auf neuer, demokratischer Grundlage gewonnen. Aber es darf doch nicht übersehen werden, daß leider noch der größere Teil dieser Schichten in dem alten Dämmerzustande treuherziger, politischer Unwissenheit verharrt.

Die dritte Kategorie bildet das Gegenstück zur zweiten; zu ihr gehören alle jene Elemente, die da meinen, daß man überhaupt nur mit Opposition, Kritik und Mörgelei etwas erreichen könne. Aus dieser dritten Kategorie rekrutieren sich daher in der Hauptsache die Parteien des Linksradikalismus, das heißt Parteien, denen nur wohl zu Mute ist, wenn sie über alles schimpfen können, und wenn sie hoffen dürfen, alles durcheinanderzubringen. Die Verwandtschaft zwischen der zweiten und dritten Kategorie ist allerdings nicht zu verkennen. Wir erleben es alle Augenblicke, daß — eben infolge der politischen Unreife — der autoritätsübelige Spießbürger sich plötzlich in einen rasenden Spartakisten verwandelt, und umgekehrt, daß der wildeste Unabhängige, der am liebsten den Teufel aus der Hölle holen möchte, plötzlich zum lammfrommen Serdienter wird, wenn seine Führer mit geschickten Worten ihm dieses oder jenes einreden oder versprechen.

Auch innerhalb der Sozialdemokratie spielen die zweite und die dritte Kategorie, die sich beide die Hand reichen im Gefühl beiderseitiger, politischer Unklarheit und Unreife, ihre Rolle. Wenn heute überhaupt — und das gilt nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für alle Parteien — Brauchbares geleistet wird, wenn es überhaupt möglich ist, das Staatsschiff weiter zu steuern, es vor dem völligen Untergang zu bewahren, wenn wir heute überhaupt noch berechtigt sind, etwelche Hoffnungen für die Zukunft zu hegen, so verdanken wir das der doch immerhin recht stattlichen Zahl jener Männer, die sich über die eben geschilderte Dummheit des politischen Denkens und Empfindens erhoben haben, die politisch geschult und tatkräftig genug sind, um unser ganzes Volk immer wieder mit fortzureißen zu opferwilligem Handeln und tatentfroher Entschlossenheit.

Und einer solcher Männer ist auch Noske, der Reichswehrminister. Mit Recht darf er von sich sagen, daß er in den Kreisen der Unabhängigen wohl als der bestgeschätzte Mann zu gelten hat. Aber auch in seiner eigenen Partei war die Zahl seiner Gegner und Widersacher in den letzten Monaten angewachsen. Mit allen seinen Widersachern hat Noske gestern in einer Rede abgerechnet, die nicht nur rhetorisch glänzend zu nennen ist, sondern die vor allem deshalb so tiefen Eindruck machen mußte, weil aus ihr ehrliche Überzeugung, Vernunft und fester, zielbewußter Wille sprachen. Und so ist es denn dazu gekommen, daß Noske, der seine Widersacher in der schärfsten Weise angriff, mit seiner Rede einen durchschlagenden Erfolg erzielte. Noske hat unter dem stürmischen Beifall des gesamten Parteitagessprochen; und es ist bezeichnend, daß der Parteitag einstimmig dem Redner gestattete, über die ihm zustehende Redezeit von 10 Minuten hinauszugehen.

Geradezu sensationell wirkte Noske's Enthüllung, die uns allerdings nicht überrascht, daß die Unabhängigen sich heute bereits auf die Übernahme der Regierung einrichten, und daß sie mit den Offizieren der Reichswehr bereits heimlich verhandeln, um die Reichswehr, das heißt also, um die von ihnen so geschätzten Freiwilligen-Bataillone, in ihren eigenen Dienst zu ziehen, falls sie erst das Gest in den Händen halten. Daß eine solche Enthüllung allerdings den gewaltigsten Eindruck machen mußte, lag klar auf der Hand. Wird doch damit die ganze Politik der Unabhängigen in eine Beleuchtung gerückt, die so grell ist, daß irgendwelche Ausflüchte und Ausreden nicht mehr gut möglich sind. Wir sehen, daß die Unabhängigen ihren Kampf um die Eroberung der Macht mit allen Mitteln betreiben, daß sie vor nichts zurückweichen; vor allem aber sehen wir, daß auch die Unabhängigen, wenn man sie dazu zwingt ihre Karten aufzudecken, ebenfalls erkannt haben, daß sich ohne eine zuverlässige Wehrmacht keine Regierung führen läßt. Wüssen sie das aber zugeben, werden sie selbst um die Anhängerschaft der Reichswehr-Offiziere, so ist damit erwiesen, daß ihre ganze Politik, die in der Forderung nach der Abschaffung der Freiwilligen-Verbände gipfelt, eine Heuchelei ist.

Politische Neuigkeiten.

Die Verhandlungen in Versailles.

Nach einer Sabasmeldung stellt sich Präsident Wilson außerhalb der Verhandlungen zwischen Lloyd George und Clemenceau. Der Präsident hatte erklärt, er werde alle Veränderungen billigen, über die sich England und Frankreich untereinander einigen. Die Amerikaner bezeichnen die Krise fortwährend als sehr ernst, um so mehr, als auch nach die Möglichkeit besteht, daß Deutschland nicht unterzeichnet, mit welcher Möglichkeit früher nicht gerechnet wurde.

„Intransigant“ berichtet, die Zensur gestatte endlich, mitzutheilen, daß Lord Robert Cecil dem Ausschuss der „Gesellschaft der Nationen“ vorgeschlagen habe, Deutschland zu einem im voraus bestimmten Zeitpunkt in die „Gesellschaft der Nationen“ aufzunehmen und zwar an allen Folgen einer solchen Zulassung, nämlich größere Abrüstung für alle, dem Schutz der deutschen Minderheiten in allen Ländern und Herabsetzung der wirtschaftlichen Einschränkungen. Die französischen Mitglieder des Ausschusses hätten die Annahme des Vorschlages abgelehnt.

Wie die „Daily Mail“ aus Paris meldet, haben die japanischen und italienischen Delegierten am Dienstag den offiziellen Antrag in der Alliiertenkonferenz gestellt, die Zugehörigkeit Deutschlands in den Völkerbund auszusprechen. Es ist unbestimmt, ob der Beschluß der Alliierten hierauf bereits in der bevorstehenden Antwort an Brodorsky-Rangau enthalten ist.

Die amerikanischen Blätter bringen eine Meldung der „Associated Press“, wonach die Alliierten der Ansicht sind, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden müsse, da sie wahrscheinlich befürchteten, daß ein Konkurrenzvölkerbund unter der Leitung Deutschlands zustande käme, oder daß es zu einer Vereinigung zwischen Deutschland und Rußland käme.

„Newport Sun“ berichtet aus Paris, daß sich Clemenceau kurz und bündig geäußert habe, seine Zustimmung dazu zu geben, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werde. Dies bedeute einen unangenehmen Hieb für den Präsidenten Wilson.

Der „Herald“ meldet ft. „Bad. Fr.“ aus New York: Nach mehrtägiger Debatte hat der amerikanische Senat den Antrag Lobges angenommen, der das Verlangen nach baldiger Einbeziehung der früheren Mittelmächte in den Völkerbund ausdrückt. Demselben Blatte zufolge meldet „Corriere della Sera“ aus Paris, daß der Vierterat beschlossen habe, Deutschland sofort in den Völkerbund aufzunehmen.

Der Völkerbund.

„Daily Express“ erzählt aus Paris: Wenn, wie es festzuhalten scheint, Deutschland im nächsten Oktober als Mitglied des Völkerbundes in Washington vertreten sein wird, dann wird die Okkupationsarmee sofort aus dem Rheinland zurückgezogen werden, statt dort 15 Jahre zu bleiben. Diese Tatsache ist von industriellen Gesichtspunkten aus von allergrößter Bedeutung. Diese Lösung wird daher von Lloyd George und Wilson energisch befürwortet. Frkf. Ztg.

Ein englischer Arbeiterführer gegen das Denkerwerk von Versailles.

Wie „Het Volk“ meldet, erklärte der englische Arbeiterführer Snowden: Wenn die Alliierten weniger darauf bringen würden, Rache an Deutschland zu nehmen und seinen wirtschaftlichen Untergang herbeizuführen, müßten die deutschen Gegenwortschläge als Grundlage einer gerechten Regelung angenommen werden.

Zu dem Deutsch-Osterreich vorgelegten Friedensvertrage erklärte Snowden: Ebenso wie die der deutschen Republik vorgelegten Bedingungen, so sind auch diese Bedingungen nichts als eine reine Schurerei. Unter Berufung auf Wilsons 14 Punkte, nach welchem die Völker Österreichs die uneingeschränkte Möglichkeit selbständiger Entwicklung haben sollen, erklärte Snowden, die vier Kaiser in Paris haben dies Versprechen dadurch eingelöst, daß Österreich eines großen Teiles seines früheren Grundbesitzes beraubt ist, und daß es von drei Seiten von bitterfeindlichen Staaten umringt wurde. Nach Erwähnung der ungerechten Bedingungen bezüglich der Auslieferung der Handelschiffe, Regelung der Donaufischerei erklärte Snowden, daß die Forderungen, die diese Bedingungen festgesetzt hätten, kein Recht hätten, diese Bedingungen „Friedensvertrag“ zu nennen.

Protest der Amsterdamer Arbeiter.

Das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ meldet, daß die Vorstände der niederländischen Arbeiterpartei und der niederländischen Gewerkschaftsvereinigungen beschlossen haben, die Arbeiter von Amsterdam am Montag, den 18. Juni zu einer großen, in der Diamantbörse stattfindenden Protestversammlung gegen den drohenden Gewaltfrieden aufzurufen.

Eine moralische Niederlage Clemenceaus.

Aus Versailles wird vom 11. gemeldet: Die heutige Kammerführung beleuchtete bliskartig die kritische Stellung, in welche das Verhalten Clemenceaus in der inneren und äußeren Politik das Kabinett gegenüber dem von der unruhigen Stimmung im Lande wohl nicht unbeeinflussten Parlament gebracht hat. In der Kammer wurden Interpellationen über Hausfuchungen im Nationalrat der Presse und beim Direktor des „Matin“, Schöller, wegen angeblicher Bevorzugung einzelner Zeitungen bei der Papierverteilung, erörtert.

Der Unterstaatssekretär der Militärgerichtsbarkeit Ignaze erklärte, daß die Gerichtsbehörden verschiedenen Fällen von Weisungen zur Drückbergerei und sogar Fällen zur Beeinflussung von Beamten, um für gewisse Personen Strafausschub zu erwirken, auf die Spur gekommen sei. Er ersuchte die Kammer, sich mit dieser Erklärung zufrieden zu geben. Es sei ihm unmöglich, weitere Einzelheiten über das schwebende Gerichtsverfahren bekanntzugeben, ohne den Gerichtsbehörden vorzugreifen.

Die Abgg. Renaudel und Broussé widersprachen. Ignaze versuchte, sich lediglich einer ihm unangenehmen Lage dadurch zu entziehen, daß er sich hinter das Amtsgeheimnis oerschanze.

Die Stimmung der Kammer erschien so kritisch erregt, daß Clemenceau es für nötig hielt, persönlich in die Debatte einzugreifen und die Vertrauensfrage zu stellen. Er erklärte, er halte sich und sein ganzes Kabinett für solidarisierlich mit Ignaze. Sprech man ihm das Mißtrauen aus, so werde das ganze Kabinett zurücktreten.

Unter großer Erregung wurde dann zur Abstimmung geschritten. Es wurden 276 Stimmen für und 137 gegen die Regierung abgegeben. Ungefähr 120 Deputierte enthielten sich der Abstimmung.

Demnach beträgt die absolute Mehrheit, auf die sich das Kabinett Clemenceau stützen kann, nur noch 21 Stimmen. Das bedeutet eine schwere moralische Niederlage.

Die Streiklage in Frankreich.

Wie der „Intransigant“ berichtet, richten sich die Gewerkschaftsorganisationen auf einen längeren Streik ein, so haben die Metallarbeitergewerkschaften Mahnungen für die Streikenden organisiert. Der Verband der Elektriker hat sich dem Kartell der Arbeitergewerkschaften angeschlossen.

In einer außerordentlichen Sitzung des Pariser Gewerkschaftsrateils (Bergarbeiter, Metall- und Bauarbeiter) wurde der L.-U. zufolge der Generalstreik für den 15. Juni beschlossen, wenn der Streik bis dahin nicht zugunsten der Arbeiter endigen werde.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Der sozialdemokratische Parteitag in Weimar wurde am Mittwoch eröffnet. Der Vorsitzende der Partei, Hermann Müller, begrüßte die Versammlung im Namen des Parteivorstandes und hielt dann die in ihren wesentlichen Punkten schon in unserem gestrigen Leitartikel besprochene Rede.

Zu Vorsitzenden des Parteitagess wurden gewählt: Schulz (Chempeun) und Löbe (Dreslau). Bei der Abstimmung über die Anträge, die eine besondere Behandlung der auswärtigen Politik wünschten, ergibt sich eine Mehrheit für die Anträge mit 213 gegen 165 Stimmen. Es wurde beschlossen, daß ein Korreferent zum Punkt 6 (Aufgaben der Partei) bestimmt werde, der über die auswärtige Politik zu sprechen hat. Dieser Korreferent wird Bernstein sein. Ferner wurde beschlossen, die Berichte der Parteifunktionäre gemeinsam zu erörtern. Sodann erstattete Weis den Bericht des Parteivorstandes.

In der Pausenversammlung ergriff Reichswehrminister Noske das Wort zu einer längeren Rede, in der er zunächst erklärte, daß er nicht zu denen gehöre, die sich zu einem Ante gedrängt hätten, sondern daß man im Gegenteil zu ihm gelommen sei. Es sei wirklich kein Vergnügen, seinen christlichen und anständigen Namen Tag für Tag durch alle Cassen Deutschlands schreien zu lassen. Die Arbeiter seien enttäuscht über die Früchte der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete. Dagegen sei aber politisch mehr erreicht, als die deutsche Arbeiter-schaft für die nächsten 25 Jahre erhofft hätte. Noske trat dann den Rednern des Parteitagess entgegen, die gegen die höheren Beamtenpensionen gereizt hatten, und erklärte die jetzigen Zustände für unaltbar. Wie viele Beamten verdienen überhaupt mehr als 8000 Mark? Sollen die Ministerialdirektoren etwa schlechter bezahlt sein, wie die Portiers. Das geht nicht, weil wir uns damit dem Gespött der ganzen Welt ausliefern, ganz abgesehen davon, daß das unsere Wirtschaft nicht ertrage. Die Leute, die die Arbeiter-schaft immer wieder zu neuen Lohnforderungen treiben, bezeichnete Noske sodann als Dummschöpfe. Der Redner gedachte auch der Matrosen, die nicht genug auf die hohen Gehälter schimpfen konnten, während sie aus eigener Nachvollkommenheit sich selbst bis zu 14 000 Mark Jahresgehälter billigt hätten. Lebstag bedauerte der Redner, daß die Berliner Sozialdemokraten sich immer wieder durch den Spektakel der Unabhängigen ins Bodshorn jagen und keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um bei Demonstrationen und ähnlichen Gelegenheiten durch Anschlag an die Unabhängigen Pölkame für diese zu machen. Unter anderem Beifall nannte Noske ein solches Verhalten Schaffsgutmäßen. Nachdem die 10 Minuten, die dem Redner bewilligt sind, abgelaufen waren, wurde einstimmig beschlossen, Noske weiterreden zu lassen.

Der Minister erklärte dann, daß nicht seine Genossen über ihn, sondern er über diese Klage zu führen hätte, weil er bei jeder Gelegenheit aufs schärfste angegriffen werde. Er sprach dann über die Freiwilligenverbände, die er gegen alle Angriffe in Schutz nehmen müsse, denn sie seien es gewesen, die Deutschland vor dem Chaos gerettet hätten und dafür gebühre ihnen der Dank des Vaterlandes. Mander brave Soldat hätte dabei sein Leben lassen müssen. Wir konnten in Berlin unsere Arbeit verrichten, während vor unseren Fenstern die Maschinen-gewehre inattierten. Das Berliner Militär erklärte sich für neutral (hört, hört). Ich habe damals zugesagt, obwohl ich wußte, daß ich als „Blutfund“ durch die deutsche Revolution geschleift werde. Noske rechnete dann in sehr entschärfener Weise mit den Anklägern selbst ab. Gerade sie seien zu Beginn der Revolution zu ihm gekommen und hätten ihn gebeten, die Terroristen mit aller Rücksichtslosigkeit niederzuschalten. Auch den Unabhängigen widmete er einige Worte. Interessant war die Feststellung aus seinem Munde, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei im Geheimen Propaganda treibe, um die Offiziere der Reichswehr zu sich hinüberzuziehen. Bezeichnend sei, daß in der letzten Woche Besprechungen stattgefunden hätten, zwischen den Führern der Unabhängigen und den Offizieren der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die zum Ziele hätten, diese Divisionen zum Übertritt zu der unabhängigen Sozialdemokratie zu veranlassen. Man mache den Offizieren vor, sie erfüllten eine vaterländische Pflicht, wenn sie die unabhängige Sozialdemokratie in ihren Bestrebungen, die Regierung zu stürzen, unterstützen. Barth, ein bekannter unabhängiger Führer, hätte kein rechtes Vertrauen mehr zu den Riffolen. Es gelüfte ihn daher nach Noskes Kanonen. Der Redner wandte sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß im Heere sozialdemokratische Partei-Propaganda betrieben werden solle; denn die Parteien dürfe nicht zum Agitationsplatz der Parteien werden. Aufs Bult schlagend, erklärte Noske zum Schluß: „Wir geben die Hoffnung nicht auf, Deutschland aus dem Unglück herauszuführen, deshalb harren wir aus.“

Unter dem stürmischen Beifall des ganzen Hauses trat der Reichswehrminister ab. Im weiteren Verlauf der Sitzung ergriff dann auch der preuß. Staatsminister des Innern, Seine, das Wort. Auch seine Rede war eine Erwiderung auf Anklagen, die man aus den Kreisen der sozialdemokratischen Partei gegen ihn vorgebracht hatte. Er warnte vor Überstürzung durch halb durchgearbeitete Gesetze.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 11. Juni. Der Badische Landtag nahm heute seine Beratungen wieder auf. U. a. kam dabei eine kurze Anfrage Blittmann über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Zollauschlußgebietes zur Sprache. Minister Kemme gab dazu eine längere Erklärung ab, in welcher er die Zoll- und Verkehrsverhältnisse dieses Gebietes darlegte. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Zollauschlußgebietes sind ungünstig gewesen. Durch die Vorkrisen und die während des Krieges von Deutschland und der Schweiz erlassenen Verbote für Ein- und Ausfuhr wurden die wirtschaftlichen Begünstigungen wieder teilweise hinfällig. In der Erregung hierüber machten sich Anschlagbestrebungen an die Schweiz geltend. Den Bemühungen der Regierung gelang es, beim Reich Erleichterungen für den kleineren Grenzverkehr zu erlangen. Die Postanstalten wurden wieder eingeleitet; die Änderung der Rahmverordnungen bleibt aber Sache des Reiches. Von Lotzsetten nach Waldersweil wird

eine Strafe gebaut. Aber Griechen wird nach Kollkisten schon auf 1. Juli eine staatliche Kraftwagenlinie eingerichtet. Auch werden Erhebungen über die Schulverhältnisse gemacht. Damit hat die badische Regierung getan, was sie tun konnte. Die Bewohner des Ballauschlaggebietes sollten nun jenen die Tür weisen, die sie in dieser schweren Zeit zur Abwehr vom Reich bewegen wollen.

In Beantwortung einer kurzen Anfrage Rager über die Verwendung der Goldbestände der Geeresverwaltung erklärte Minister Kemmele, daß die Vorauszahlung der Anfrage, daß nur Großhändler und keine Handwerker berücksichtigt werden, nicht den Tatsachen entspreche.

Das Haus befaßte sich dann mit der Interpellation Eberhardt (Str.) betr. das Koalitionsrecht der Arbeiter. Abg. Eberhardt (Str.) begründete seine Interpellation unter Darlegung der Vorgänge bei der Firma Brown Boveri & Co. in Mannheim, wo von radikalen Arbeitern seit dem 22. April eine Anzahl christlich und kirchlich organisiert Arbeiter mit Gewalt von ihrer Arbeitsstelle bedrängt werden, um sie zum Beitritt zur freien Gewerkschaft zu bewegen.

Arbeitsminister Küdert erklärte, daß die Regierung alsbald die Vorgänge in der Karlsruher Zeitung beurteilen, einen Vertreter nach Mannheim entsandte und nachdem der Entscheid des Schlichtungsausschusses unbeachtet blieb, die Sache dem Justizministerium und der Staatsanwaltschaft zur Ermittlung und Bestrafung der Schuldigen übergab. Gegen die Firma habe er erst eine gesetzliche Handhabe, seit sie die Kündigung ausgesprochen. Er werde mit allen gesetzlichen Mitteln dem Verlangen Nachdruck verleihen, daß sie die Kündigung zurücknimmt.

Der Arbeitsminister betrat den Standpunkt, der auch vom Justizministerium geteilt wird, daß eine Entschuldigungsverpflichtung des Staates nicht bestehe, sondern daß die Schuldigen haftbar gemacht werden müßten; im übrigen teilt er die Meinung, daß die Firma den Terroristen gegenüber mehr Rücksicht zeigen sollte.

In der anschließenden Besprechung der Interpellation war sich das Haus im allgemeinen einig in der Beurteilung der Mannheimer Vorgänge, nur in der Beurteilung der Ursachen gingen die Meinungen auseinander; von demokratischer Seite wurde auch einer Schabloshaltung durch den Staat widersprochen, weil sie eine Legalisierung des verfassungswidrigen Vorgehens wäre.

Heute, Donnerstag begründete, nachdem die Interpellationen Gerle und Seibert seitens der Regierung in entgegenkommender Sinne beantwortet waren, Abg. Dr. Schaefer (Zentr.) die Interpellation seiner Partei betr. das Vorgehen des Arbeiterrats in Wahlen, durch das im März d. J. 72 Frauen, die sich in Wahlen vermittelte, um an religiösen Gergzeiten teilzunehmen, gezwungen wurden, sofort Ort und Anstalt zu verlassen. Er gab dabei der Überzeugung Ausdruck, daß nicht die Bevölkerung Wählens betätigt werden zu machen sei, sondern fremdes Gesindel. Er erwarde, daß die Regierung die Katholiken schütze gegen brutale Gewalt und frage, ob sie gewillt und in der Lage sei, den Gergzeitenbetrieb zu schützen, wenn nötig mit Gewalt.

Minister des Innern Kemmele betrachtete Wahlen als einen Teil unserer Lage, wie auch die Vorgänge Mannheim und Billingen. Wenn man auf der Bahn, in Hotels usw. sehe, wie ein Teil der Bevölkerung die Tatsache mishaft, daß ein anderer Teil des Volkes hungert, sei die Erbitterung begreiflich. Der Fremdenverkehr wurde erheblich eingeschränkt. Der letzte Grund an den Vorgängen in Wahlen sei die Lebensmittelnot. Die Parteien im Hause treffe keine Schuld. Das Ministerium habe vom Volkstakt verlangt, daß er weiter nichts gegen die Gergzeiten unternehme. Zum Schutze sei die Gendarmerie beauftragt worden.

In der Besprechung der Interpellation kam es zu längeren Auseinandersetzungen zwischen den Abg. Dr. Schaefer, Vater und Müsch. Mit Ausnahme des Abg. Müsch (Soz.) beurteilte das Haus einmütig die Vorkommnisse in Wahlen.

Morgen 9 Uhr Interpellationen.

Mandatswechsel.

* Eine Zeitungsnotiz beschäftigt sich mit der bevorstehenden Mandatsübertragung der einzigen demokratischen Frau im badischen Landtag, Frau Marianne Weber. Wie das „Heidelberger Tagblatt“ hierzu vermerkt, wird Frau Weber ihr Mandat noch bis zum Herbst ausüben. Wegen ihrer Abreise nach München, wo bekanntlich Professor Max Weber sein neues Lehramt antritt, wird sie dann aller Voraussicht nach aus der badischen Kammer ausscheiden. In ihre Stelle tritt voraussichtlich Oekonomierat Viehauer-Kastatt.

Widerstand gegen die Staatsgewalt in Rippberg.

* Hierzu wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Welche Wirkungen unüberlegter Widerstand gegen die Staatsgewalt haben kann, zeigt folgender Vorfall: In der Gemeinde Rippberg, Amt Buchen, hatten offenbar Krieg und Revolution besonders verwerdend auf die Köpfe einiger gewalttätiger Elemente gewirkt. Schon vor einiger Zeit war dort versucht worden, Bürgermeister und Gemeinderat gewaltsam abzufegen. Es gelang aber, durch gütliche Verhandlungen die Ordnung wieder herzustellen. Später nahmen die Goldbühler im Walde der früheren Ständeherrschaft bezatt zu, daß völlige Zerstörung des Waldes zu besorgen war. Als die Gendarmerie hierwegen am 14. Mai 1919 pflichtgemäß Erhebungen machen wollte, wurde ihm mit vereinten Kräften der erhebliche Widerstand geleistet. Man rottete sich zusammen, schimpfte, schrie, trat den Gendarmen mit erhobenen Beilen gegenüber und bedrohte sie mit Leibschlag. Man erklärte, jetzt hole man erst recht Holz und zünde nötigenfalls den ganzen Wald an. Die wenigen Gendarmen waren hiergegen natürlich machtlos und mußten sich ohne die Erhebungen zurückziehen.

Aber sie kamen wieder! In aller Stille wurde ein Unternehmen vorbereitet, um in dem aufrührerischen Orte der Staatsgewalt wieder Geltung zu verschaffen. Am 6. Juni morgens bei Tagesanbruch gingen stärkere Aufgebote von Gendarmen gegen Rippberg vor. Im Handumdrehen wurde der Ort besetzt, die Häufel aus ihren Betten verhaftet und abgeführt, ihre Häuser durchsucht, alles ohne jeden Widerstand. Schon um 7 Uhr vormittags konnten die Verhafteten ins Gefängnis abgeführt werden, um 10 Uhr schon war die ganze Unternehmung beendet. In aller Ruhe konnten die Erhebungen nun durchgeführt werden. Allerdings mußten sie sich jetzt nicht nur auf die Forstbühler, sondern vor allem auf den geleisteten Widerstand erstrecken. Die Strafen, welche die Beteiligten wegen des Widerstands zu erwarten haben, werden natürlich erheblich schwerer sein müssen, als wie sie wegen der Forstbühler verhängt worden wären.

Nichts zeigt deutlicher als dieser Vorfall, wie unvernünftig eine Haltung wie diejenige dieser Teile der Rippberger Bevölkerung war. Unvernünftig deshalb, weil dabei für die Beteiligten nach ihrem kurzen vorübergehenden Erfolg schließlich immer schwere Nachteile herauskommen. Unvernünftig aber auch vor allem deshalb, weil eine solche Haltung jeden Widerstand über die eigene Gemeinde hinaus für das große Ganze vermittelte läßt. Wir leben doch heute im Staatsverbande. Wohin sollten wir denn kommen, wenn jede Gemeinde sich benähme, als wäre sie allein auf der Welt? Das gebe den beständigen Krieg aller gegen alle. Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ist sich doch darüber einig, daß nichts uns heute so dringend not tut, als die Wiederherstellung der Ordnung, die Wiederaufrichtung der Macht und es Ansehens des Staates. Erfreulich ist es deshalb, aus dem Rippberger Vorfall entnehmen zu können, daß die Regierung das verlebte Ansehen des Staates nötigenfalls mit Gewalt wieder herstellt. Daß dies hier so gut gelungen ist, danken wir der Enschlossenheit und der Tatkraft unserer braven Gendarmen, die es wahrhaft bei ihrem schweren Dienst nicht bedauern, daß man ihnen, die doch nur ihr Pflicht tun, dabei so entgegentritt, wie es in Rippberg geschah.

Auflösung des Jungdeutschlandbundes Baden.

* In einer Ausschußsitzung und Mitgliederversammlung des Jungdeutschlandbundes Baden ist die Auflösung des Bundes beschlossen worden, da er weder nach seinem organisatorischen Aufbau noch auch nach seiner früheren Tendenz in den Rahmen der neuen Zeit hineinpaßt. Das ungefähr 80 000 Mark umfassende Vermögen des Jungdeutschlandbundes soll dem Landesrat für Reichsbildung und Jugendpflege (Körperspflege und Jugendberziehung) zur Verwaltung übergeben werden. Der Landesrat soll hinsichtlich auch die allgemeinen Aufgaben der Jugendpflege erfüllen.

Eine Kundgebung des Mannheimer Aktionsausschusses.

* Aus Mannheim wird gemeldet: In der vom Aktionsausschuß veranstalteten Kundgebung gegen die Erschießung Dr. Lewines beteiligten sich ungefähr 2000 Personen, darunter Angehörige der Arbeiterschaft von Benz, der Strehlwerke und

einiger anderer Fabriken sowie der revolutionären Arbeiter des Elektrizitätswerks. Der Zug, in dem auch sehr viele Frauen und Mädchen gingen, bewegte sich durch mehrere Straßen nach dem Hofgarten, wo Ansprachen gehalten und dabei u. a. die Abschaffung der Todesstrafe und der Militärgerichtsbarkeit gefordert wurde. Die Demonstration ist ruhig verlaufen.

Obst- u. Gemüse-Einkaufsgenossenschaft

BC. Vor einiger Zeit wurde in Karlsruhe eine Einkaufsgenossenschaft Karlsruher Obst- und Gemüsehändler (Elog) gegründet, die den Zweck hat, durch gemeinsamen Einkauf von Obst und Gemüse bei den Produzenten und im Ausland das Publikum mit billigen Nahrungsmitteln zu versorgen zu können. Inzwischen sind auch in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Pforzheim ähnliche Genossenschaften gegründet worden. Diese haben nun am Pfingstmontag in Karlsruhe eine Vertreterversammlung abgehalten. Es wurde die Gründung eines Landesverbandes beschlossen und in weiteren Städten Obst- und Gemüse-Einkaufsgenossenschaften zu gründen, so in Rastatt, Offenburg und Konstanz. Zum Vorsitzenden des Landesverbandes wurde Herr Heinrich Bauer-Karlsruhe gewählt, zum Verbandssekretär Rechtsanwalt Dr. Höfelin. Die Karlsruher Genossenschaft wurde mit einem Kapital von 80 000 Mark gegründet. Man hofft in den nächsten Tagen einen Preissturz auf dem Gebiete der Erdbeerproduktion zu erreichen.

Die Vorräte des Proviantamts Labr.

oc. Die in der Gengenbacher Malzfabrik lagernden großen Vorräte des Labrer Proviantamts, vor allem Zucker und Lebensmittel, sind zum großen Teil zur Verteilung durch den Städteeinkauf an die badische Bevölkerung abgeführt worden. Einige Eisenbahnwagenladungen mit Zucker waren nach Magdeburg bestimmt. Auf Verwendung des hiesigen Arbeiterrats in Offenburg hin, wurde aber der Zucker angeboten und soll dort verteilt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Königheim b. Tauberbischofsheim, 12. Juni. In der Nacht zum Pfingstmontag wurden sowohl in die Wohnung des Bürgermeisters, wie in das Pfarrhaus je eine Handgranate geworfen. Durch die Explosionen wurden erhebliche Verletzungen angerichtet. Die Ursache zu dem Verbrechen ist nach dem „Tauberbote“ wohl darin zu suchen, daß eine Tanzunterhaltung mit Rücksicht auf den Ernst der Zeitlage nicht gestattet worden ist.

oc. Freiburg, 12. Juni. Die Universität Freiburg wird demnächst die jährliche Promotion zur Einführung bringen.

oc. Meersburg, 11. Juni. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der Kandidat der Demokraten und Sozialdemokraten Dr. Karl Moll fast einstimmig gewählt.

Staatsanzeiger.

„Namensänderungen.“
Der Familienname des Otto von Senger, geb. 23. April 1868 in Trüberg, Geheimen Regierungsrat a. D., des Fridolin Theodor von Senger, geb. 4. September 1861 in Waldshut, Oberleutnant, der Maria Elisabetha von Senger, geb. 6. April 1868 in Engen, und der Maria Theresia Hadwig von Senger, geb. 14. Mai 1906 in Überlingen am Bodensee, alle in Freiburg, ist in „von Senger und Etterlin“ geändert.
Karlsruhe, den 5. Juni 1919.
Justizministerium.
Der Ministerialdirektor:
Duffner. *Dietsche.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik
Karlsruhe, Kaiserstraße 128 zwischen Walde und Karlstrasse
Wandbilderschmuck
Bildereinrahmungen
Inh. W. Bertsch

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Verleihung des Arbeiterinnenkreuzes betr.

Das Arbeiterinnenkreuz wird in Zukunft nicht mehr verliehen. Dagegen soll Personen, die bisher für die Verleihung in Frage kamen, schriftlich die Anerkennung des zuständigen Ministers ausgesprochen werden.
M. 687

Die Inhaber industrieller Betriebe des Amtsbezirks, welche in Betracht kommende Arbeiterinnen beschäftigen, wollen dieselben beim Bürgermeisteramt des Geschäftsbereichs (in der Stadt Karlsruhe beim Bezirksamt bis 1. Juli d. J. namhaft machen.

Die Urkunde ist nur für solche Arbeiterinnen bestimmt, welche während einer langen Reihe von Jahren (im allgemeinen nicht unter 30 Jahren) in demselben in Baden befindlichen industriellen Betriebe gearbeitet haben, sich eines guten Rufes erfreuen, und wegen ihrer Zuverlässigkeit und Redlichkeit eine besondere Auszeichnung würdig erscheinen.
Karlsruhe, den 4. Juni 1919.
Bezirksamt. D3 186

Die Ernennung von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft betr.

Auf Grund der Ermächtigung durch die Verordnung vom 7. März 1919, die Einrichtung der Kriminalpolizei nach der deutschen Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung betreffend (GBl. S. 175) werden durch Verfügung des Ministeriums der Justiz vom 10. Mai 1919 die Mitglieder der Volkswehr Karlsruhe:

1. Adam Brehm aus Büßelsachen, 2. Johann Gieseler aus Willenborn, 3. Wilhelm Weder, aus Langensteinbach, 4. Jakob Schaller aus Rühlach, 5. Wilhelm Bayer aus Brombach, 6. Wilhelm Schweinfurth aus Ogersheim, 7. Ludwig Weinger aus Teufschneureut, 8. Karl Beck aus Zahr, 9. Robert Gerling aus Eßlingen, 10. Karl Kern aus Karlsruhe, 11. Reinhold Fischer aus Emmendingen, 12. Jakob Erb aus Karf, 13. Karl Herrmann aus Karlsruhe, 14. Joseph Krumhart aus Karlsruhe zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft im Sinne des § 153 StGB. für den Amtsbezirk Karlsruhe bestellt.
M. 688
Karlsruhe, den 4. Juni 1919.
Bezirksamt. — Polizeidirektion. D3187

Badisches Landestheater.

Freitag, den 13. Juni 1919 (Frtg. 34)

„Die verkaufte Braut“

Anfang 7 Uhr

Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 13. Juni 1919

„Hoheit tanzt Walzer“

Anfang 7 Uhr

Am Sonntagmorgen 2 Uhr findet eine Aufführung der Operette „Hoheit tanzt Walzer“ zu Einheitspreisen statt (Parkett 1.80 Mark, Galerie 1.20 Mark).

Bekanntmachung.

Schlichtungssache der Arbeiterschaft des Lithographie- und Steinbindergerwerbes in Karlsruhe betr.

Der Schlichtungsausschuß Karlsruhe hat am 31. Mai 1919 folgenden

Schiedspruch

- gefaßt:
1. Auf die Löhne der im Lithographie- und Steinbindergerwerbe in Karlsruhe beschäftigten Arbeiter ist mit Wirkung vom 1. Mai 1919 an ein Lohnerhöhungszuschlag von 30 Prozent zu bezahlen.
 2. Den Belehnten in diesem Gewerbe ist vom gleichen Zeitpunkt an zu bezahlen:
 - a) im ersten Lehrjahre wöchentlich 6 M.
 - b) im zweiten Lehrjahre wöchentlich 10 M.
 - c) im dritten Lehrjahre wöchentlich 20 M.
 - d) im vierten Lehrjahre wöchentlich 30 M.
 3. Der Antrag der Arbeiterschaft auf weitere Erhöhung der Löhne wird abgelehnt.
 4. Durch den zu erwartenden Zentraltarif werden die Bestimmungen dieses Schiedspruches ersetzt. Die Arbeiterschaft hat den Schiedspruch angenommen, die Arbeitgeber haben ihn abgelehnt. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Karlsruhe, Dr. Schick Oberlandesgerichtsrat.

Bürgermeisterstelle.

Die Stelle des Berufsbürgermeisters der Amtsstadt Bühl (Baden) ist infolge anderweitiger Berufung des Stelleninhabers neu zu besetzen. G. 593.21

Für das Amt geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufes und der Gehaltsansprüche bis zum 25. Juni d. J. hierher einzureichen.
Bühl (Baden), den 6. Juni 1919.
Bürgermeisteramt:
Dr. Venber.

GALERIE MOOS

KARLSRUHE/B
Kaiserstr. 187

41. Sonderausstellung

Juni 1919:

Prof. Casp. Ritter, Prof. Ernst Schurth, Paul Wehrle.

GEÖFFNET: 10—6 Uhr
SONNTAGS: 11—1 Uhr.

Schmuckfächer

aller Art und

Wandtasche

werden stets angeliefert in

Weintraubs

An- und Verkaufsgeschäft

Kronenstr. 52. Tel. 3747

Ehe aus Verschulden des

Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 1. Zivilkammer des badischen Landgerichts zu Karlsruhe auf

Dienstag, 23. Sept. 1919,

vorm. 9 Uhr,

mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem

Gerichte zugelassenen

Rechtsanwalt als Prozeß-

bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 10. Juni 1919.

Gerichtsschreiber

des bad. Landgerichts.

M. 655. Lörrach. Das

Konkursverfahren über das

Vermögen des Bauunter-

nehmers Amadeo Palatin

ni in Lörrach-Stetten ist

heute, nach rechtskräftiger

Beistätigung des Zwangs-

vergleichs durch Gerichts-

beschluß aufgehoben wor-

den.

Lörrach, 3. Juni 1919.

Der Gerichtsschreiber des

Amtsgerichts.

M. 685. Karlsruhe. Über

den Nachlaß des am 7. Fe-

bruar 1916 verstorbenen

Kaufmanns Karl Josef

Zimmermann in Karlsru-

he wurde heute die Nach-

schulverwaltung angeordnet.

Karlsruhe, 10. Juni 1919.

Rad. Notariat 2 — Nach-

schulgericht —

